Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, — zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 6, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3,
L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Strehlenerstraße 6.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Königgrätzerstraße 116.
Fernsprecher Amt VI Nr. 3393.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 183. **Sonnabend** den 12. April 1902. **96. Jahrgang.**

Die mangelnde Initiative bei der österreichischen Regierung.

Das österreichische Parlament war bekanntlich wegen der Ablehnung des Namens aller Deutsch-liberalen gestellten Antrags Stürgkh (Aufhebung der slowenischen Parallelclassen an dem Staatsgymnasium in dem vorwiegend deutschen Cilli und dafür Errichtung eines eigenen slowenischen Untergymnasiums in Marburg) durch die klerikal-slawische Mehrheit unter der größten Erregung in die Osterferien gegangen. Um die Wiederkehr ähnlicher Scenen zu bannen, hat der österreichische Ministerpräsident bei der Wiedereröffnung der Sitzungen eine Erklärung abgegeben, die an sich ziemlich inhaltslos, aber dennoch sehr beachtenswerth ist, weil sie wunderbar charakteristisch für die Methode der österreichischen Regierungsweisheit ist.

Herr von Körber erklärte nämlich, daß, da weder die deutschen, noch die slawischen Parteien für sich die Mehrheit des Hauses bildeten, ein Compromiß der nationalen Parteien die einzige Lösung bilde; dann sei eine Abstimmung, wie die über die Cillische Resolution, von vornherein ausgeschlossen.

Was Herr v. Körber hier sagt, ist sachlich an sich nicht etwa unrichtig, aber es ist taktisch verfehlt, deswegen nämlich, weil er den parlamentarischen Parteien die Aufgabe zuweist, den Weg zu einer Verständigung im Ganzen wie in einzelnen Fragen zu suchen, während er für die Regierung die Initiative ablehnt. Denn die Worte des Ministerpräsidenten besagen ja doch in schlichtes Deutsch übersetzt nichts Anderes, als „macht Ihr die Sache unter Euch aus, und was dabei herauskommt, soll mir recht sein". Nach diesem Muster hatte die Regierung ja auch in der Cillier Angelegenheit sich auf die Rolle des Zuschauens beschränkt und dadurch unsägliche Verwirrung und noch größeren Verdruß angestiftet. Nachträglich hat sie dann freilich sich den Deutschen gegenüber verpflichtet, künftighin die Kosten für die slowenischen Parallelclassen an dem Gymnasium in Cilli in das Budget einzustellen, aber gerade darum muß man sich fragen, warum sie denn nicht gleich in diesem Sinne die Initiative ergriffen hat. Es wird ihr jetzt leicht werden, das Mißtrauen der radikalen deutschen Parteien zu besiegen.

Unserer Meinung nach liegt in jedem Lande die Pflicht, die Initiative in wichtigen Angelegenheiten zu ergreifen, der Regierung ob, weil sie über den Parteien steht und darum viel größere Aussichten besitzt, einen die Verständigung ermöglichenden Mittelweg zu finden, als die Parteien, die ganz naturgemäß alle Dinge immer nur durch die Brille ihrer Partei-Anschauung hindurchsehen können. In einem Lande wie Oesterreich aber erscheint die Initiative der Regierung erst recht geboten, weil sich hier der Streit hauptsächlich um nationale Fragen handelt, und weil erfahrungsgemäß die glückliche Lösung solcher Fragen äußerst schwierig ist, da sie ein großes Maß von Unparteilichkeit und Tact zur Voraussetzung haben. Es heißt also, das Pferd beim Schwanze aufzäumen, wenn man, wie Herr v. Körber es schuf, von den nationalen Gruppen, die sich einstweilen noch in schärfstem Gegensatze gegenüberstehen, verlangt, daß sie sich miteinander verständigen und sich selbst blos die Rolle des guten Papas vorbehält, der den Brautleuten sagt: „Kinder, da habt Ihr Euch!"

Dieser Mangel an Initiative ist den österreichischen Ministern seit Menschengedenken eigen. In den Zeiten des Grafen Taaffe wurde das berühmte Wort „Fortwurschteln" erfunden, aber es hätte ebensogut schon auf seine Vorgänger angewandt werden können, wie es seitdem auf ihn und seine Nachfolger hundertfach angewandt worden ist. Die österreichischen Minister denken meistens nur daran, wie sie über die Schwierigkeiten des Augenblicks herüber oder noch lieber um sie herum kommen; was später wird, warum sollte man sich darum sorgen?

Die Deutschen sollen auch noch dadurch wohlwollend gestimmt werden, daß einige deutsche Städte von Staatswegen Zuwendungen erhalten, um dadurch die dem slawischen goldenen Prag zugedachten sechzehn Millionen Kronen weit zu machen. Soweit also die österreichische Regierung sich überhaupt zu einer Initiative aufraffte, besteht diese darin, dem B etwas zu geben, weil der A etwas bekommen hat. Gewiß mögen diese kleinen Mittelchen für den Augenblick beruhigend wirken, aber zu einem wirklichen Frieden zwischen den Nationalitäten wird es nur kommen, wenn die Regierung mit starker Initiative organisatorische Einrichtungen trifft, die beiden Theilen ihr Recht werden lassen.

Mittlerweile hat das österreichische Abgeordnetenhaus wieder erregte Scenen gesehen: die deutsche Volkspartei hat sogleich wegen der Cillier Angelegenheit mit der schärfsten Opposition begonnen. Vielleicht kommt es aber auch diesmal nicht zum Aeußersten, wenn die Deutschen ihre Forderung eines deutschen Landsmannministers bewilligt erhalten, eine Forderung, mit der sie freilich das Princip aufgeben, daß die Regierung Oesterreichs im Hinblick auf das numerische, intellectuelle und wirthschaftliche Gewicht der Deutschen unter allen Umständen eine durchaus deutsche sein müsse.

Der Krieg in Südafrika.

Aus Elberfeld wird der „Frkf. Ztg." unterm 8. April berichtet: Von einer

Audienz beim Präsidenten Krüger

kehrte vorgestern die Deputation „Evangelischer Arbeitervereine von Rheinland und Westfalen" zurück, die als Ergebniß einer unter den Mitgliedern veranstalteten Sammlung mehrere Tausend Mark für die in Noth gerathenen Frauen und Kinder persönlich überbracht hatte. Nachdem die aus zwei Herren — einem Hauptlehrer von Bohwinkel und einem Bauunternehmer aus Elberfeld — bestehende Deputation eine Ansprache an den Präsidenten gehalten hatte im Beisein des Cabinetschefs van Boeschoten, dankte Krüger in einer kurzen Rede herzlich für die Gabe. Er gab seiner Freude über die Theilnahme des deutschen Volkes an dem Geschick der Boeren Ausdruck und fuhr dann fort: „Ich schätze die Arbeit der Mitglieder der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands hoch. Durch das, was Sie, meine Herren, gesprochen, fühle ich je mehr und mehr, daß die ganze Christenheit für unsere Sache beseelt ist mit dem Geiste der Liebe und des Mitfühlens, und daß Gott diesen in ihre Herzen gelegt hat. Immer mehr fühle ich, wie die ganze Christenheit sich fertig macht, die Wahrheit und das Recht zu schützen; ich sehe darin den Beweis, daß Gott dieses in die Herzen aller Völker gewirkt hat, und daß er zu seiner Zeit, wenn das Maß voll ist, das „Bis hierher und nicht weiter!" sprechen und unsere gerechte Sache siegen lassen wird." Mit einem herzlichen Händedruck verabschiedete er hierauf die Deputation, die von den Personen aus der näheren Umgebung Krüger's erfuhr, daß die Boeren außerordentlich zuversichtlich seien. Nach den gemachten Angaben sollen mindestens ebensoviel, wenn nicht noch mehr Boeren im Felde stehen, wie beim Ausbruch des Krieges. Völlige Unabhängigkeit wurde als die erste Friedensbedingung, die Abtretung des Witwatersrand dagegen als Zugeständniß bezeichnet.

Deutsches Reich.

Δ **Berlin,** 11. April. (Klerikale Wahlbeeinflussungen.) Im Wahlkreise Saarbrücken macht das Centrum zur bevorstehenden Reichstagsersatzwahl die größten Anstrengungen, um den Wahlkreis zu erobern. Am vorigen Sonntag hielt der Centrumsabgeordnete Prinz von Arenberg eine große Rede, in der er behauptete, die gegen das Centrum verübten Wahlbeeinflussungen und -Bedrückungen wären traditionell geworden. Indirect beschuldigte er die Staatsbeamten, sich solcher Wahlbedrückungen schuldig gemacht zu haben. Prinz Arenberg sagte nach dem uns vorliegenden Berichte wörtlich: „Diejenigen Staatsbeamten, die zu einem solchen Ergebnisse (nämlich zu der Wahl des nationalliberalen Candidaten) direct oder indirect beigetragen haben, spielen ein gefährliches Spiel". Neben der unerwiesenen Beschuldigung, die Prinz Arenberg hier gegen Staatsbeamte schleuderte, machte er sich zugleich selbst — vielleicht ihm unbewußt — einer Wahlbeeinflussung schuldig, indem er die „Staatsbeamten", die nationalliberal wählen, einzuschüchtern versuchte. Die nationalliberale Parteileitung hat von jeher ihre Parteigenossen dringend davor gewarnt, sich in der Hitze und in dem Eifer des Wahlkampfes solcher Mittel zu bedienen, die später dem Gegner Waffen in die Hände liefern. Aber wie verhält sich dieser Gegner? Vor mehreren Wochen veröffentlichte die „Nat.-Lib. Corr.", auf einwandfreies Material gestützt und ohne widerlegt zu werden, eine erdrückende Anzahl von Beweisen unerhörter Wahlbeeinflussung von Seiten der katholischen Geistlichen. Prinz Arenberg geht über diese Wahlbeeinflussung der katholischen Geistlichen sehr leicht hinweg; er bezeichnet sie einfach als Klatsch und ermuthigt indirect die Geistlichkeit, auch fernerhin so fortzufahren, durch folgende Worte: „Es liegt denn doch auf der Hand, daß, wenn und so lange in unseren Parlamenten die wichtigsten Interessen unserer Confession und Kirche auf dem Spiele stehen — ich erinnere nur an die Schulpolitik, den Toleranzantrag und die Ordensgesetzgebung — diese Interessen in unserem Sinne und zu unserer Befriedigung nur von gläubigen Katholiken vertreten werden können. . . . Nur an solche wendet sich unsere Geistlichkeit, und wenn sie gesinnungsgerreue Katholiken ermahnt, bei der Wahl, wie überall im Leben, ihre Grundsätze zu bekennen, so thut sie etwas ganz Selbstverständliches!" Für die Geistlichkeit mit ihren Machtmitteln ist also die Wahlbeeinflussung etwas ganz Selbstverständliches, für Staatsbeamte aber „ein gefährliches Spiel!" — Prinz Arenberg verkündete in jener Saarbrücken-Versammlung ferner, „daß ohne Zweifel auch die Wahl des nationalliberalen Abgeordneten Priepe im Nachbarwahlkreise vom Reichstag für ungiltig erklärt werden und daß die Wahlprüfungscommission die bevorstehende Wahl in Saarbrücken sich besonders genau ansehen wird." Das hoffen auch wir, damit die Beeinflussung der Geistlichkeit nicht so völlig unbeachtet bleibt, wie dies im Jahre 1898 geschah!

+ **Berlin,** 11. April. (Gerhart Hauptmann auf der freisinnigen Anklagebank.) Anläßlich der Wahl Gerhart Hauptmann's zum Gemeinderath in seinem schlesischen Buenretiro Agnetendorf erhält das „Berl. Tagebl." eine Zuschrift, die sich in heftigen Angriffen nicht gegen den Dichter, sondern gegen den Politiker Gerhart Hauptmann ergeht. Es wird ihm nämlich vorgeworfen, daß er sich an den letzten allgemeinen Reichstagswahlen — Hauptmann wohnte damals im Wahlkreise Charlottenburg — nicht betheiligt habe, obwohl er von den freisinnigen „Schleppern" dreimal heimgesucht worden sei. „Der Dichter der „Weber", der so beweglich schildern konnte, wie das arme Volk Hundefleisch essen mußte, fand es nicht für nöthig, zur Wahlurne zu gehen, um seine Stimme gegen die Brod- und Fleischvertheuerer abzugeben." Um zunächst auf die principielle Seite der Anklage einzugehen, so sei bemerkt, daß hier wieder einmal die freisinnige Praxis der freisinnigen Theorie ins Gesicht schlägt. Die Freisinnigen bringen Antrag über Antrag zur Wahrung des Wahlgeheimnisses ein. Nun ist sicherlich nicht minder wichtig, daß die Oeffentlichkeit nicht erfährt, wer nicht gewählt hat, wie daß sie nicht erfährt, wie der Einzelne abgestimmt hat. Will man durch Geheimhaltung die volle Unabhängigkeit des Wählers schützen, so muß man auch die Untersuchung, ob er überhaupt gewählt hat oder nicht, unterlassen. Zur Sache selbst sei zweierlei bemerkt: Einmal ist es die echt freisinnige Ueberhebung, sociales Mitgefühl und freisinnige Parteizugehörigkeit für identisch zu erklären. Die ganze sociale Gesetzgebung hat jedenfalls den Beweis geliefert, daß Niemand weniger sociales Verständniß und Mitleid besitzt als das freisinnige Parteidogma. Wir wissen nicht, welcher Parteirichtung Gerhart Hauptmann zugehört und ob er überhaupt irgend welches Interesse an dem politischen Streitfragen nimmt, aber wenn das der Fall ist und wenn er die innere politische Geschichte der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts verfolgt hat, so kann ein Mann von seinem warmen Mitgefühl für die wirthschaftlich Bedrängten gar nicht für die freisinnige Partei eintreten. Zum zweiten sei bemerkt, daß die Anklage völlig gegenstandslos ist, denn wenn man sich selbst auf den Standpunct der „Antibrodwucherer" stellen will, so konnte sich Gerhart Hauptmann den Gang zur Wahlurne ruhig sparen, da die Wahl eines entschiedenen Gegners der Zollerhöhungen von vornherein gesichert war; wenn auch nicht die des fortschrittlichen Bewerbers, so doch die des socialdemokratischen Candidaten. Im übrigen machen es die Candidaturen, die damals aufgestellt wurden, sehr begreiflich, daß ein Mann, wie Gerhart Hauptmann, sich der Wahlurne fernhielt. Es standen sich nämlich gegenüber ein conservativer Geistlicher streng orthodoxer Richtung, eine fortschrittliche Bezirksvereinsgröße und ein socialdemokratischer Gastwirth. Daß die Wahl zwischen diesen Persönlichkeiten gar Manchem sehr verdrießlich war, ergiebt sich daraus, daß im ersten Wahlgange nahezu 50 000 Wähler, mehr als ein Drittel aller Wahlberechtigten, sich der Abstimmung enthielten.

⊙ **Berlin,** 11. April. (Telegramm.) Der **Kaiser** und die **Kaiserin** unternahmen gestern Nachmittag mit dem Kronprinzen und dem Prinzen Adalbert einen Spazierritt im Thiergarten. Gestern Abend dinirte der Kaiser bei dem commandirenden General des 3. Armeecorps von Liegnitz. Zu dem Essen waren auch die Divisions- u. s. w. Commandeure des 3. Armeecorps geladen. Heute Morgen um 8 Uhr 25 Minuten begaben sich der Kaiser und die Kaiserin mit dem Kronprinzen und dem Prinzen Adalbert mittels Sonderzuges nach Potsdam. Das Frühstück wurde im Zuge eingenommen. Im Lustgarten besichtigte der Kaiser einzelne Compagnien des 1. Garde-Regiments zu Fuß, später das Regiment Gardes du Corps, das Leibgarde-Husaren-Regiment und das 1. Garde-Ulanen-Regiment. Nach der Besichtigung, der die Generalität und die fremdherrlichen Officiere, sowie das Officiercorps der Potsdamer Garnison beiwohnten, nahm der Kaiser im Regiments-hause des 1. Garde-Regiments zu Fuß das Frühstück ein. Die Kaiserin besuchte mit dem Prinzen Adalbert das Mausoleum an der Friedenskirche und kehrte alsdann nach dem Stadtschlosse zurück.

⊙ **Berlin,** 11. April. (Telegramm.) Der **Großherzog von Mecklenburg-Schwerin** ließ auf ein Glückwunschtelegramm zu seinem Geburtstage dem Staatssekretär des Reichsmarineamts folgende Antwort zugehen: „Für die Namens der kaiserlichen Marine ausgesprochenen freundlichen Glückwünsche sage Ich Meinen wärmsten Dank. Es gereicht Mir zur herzlichen Freude, daß die durch den allzu frühen Tod Meines unvergeßlichen Onkels, des Herzogs Friedrich Wilhelm, unterbrochenen Beziehungen zwischen der Kaiserlichen Marine und Meinem Hause nunmehr durch den Eintritt Meines theuren Vetters, des Herzogs Paul Friedrich, wieder von Neuem geknüpft sind."

⊙ **Berlin,** 11. April. (Telegramm.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" theilt den gestern vom Bundesrathe genehmigten Gesetzentwurf, betreffend die **Regelung der Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben,** mit. In den einleitenden Bestimmungen heißt es u. A.: Als Kinder im Sinne dieses Gesetzes gelten Knaben und Mädchen unter 13 Jahren, sowie solche über 13 Jahre, die noch schulpflichtig sind. In acht Paragraphen wird die Beschäftigung fremder Kinder und in sechs diejenige eigener Kinder geregelt. Es folgen gemeinsame und Strafbestimmungen. Die Schlußbestimmungen besagen: Vorstehenden Bestimmungen stehen die weitergehenden landesrechtlichen Beschränkungen der gewerblichen Kinderarbeit nicht entgegen. Das Gesetz soll am 1. Juli 1903 in Kraft treten. Eine Anlage verzeichnet die Werkstätten in deren Betriebe, abgesehen vom Austragen von Waaren und von sonstigen Botengängen, Kinder nicht beschäftigt werden dürfen.

S. **Berlin,** 11. April. (Privattelegramm.) Gegenüber einer auswärtigen Meldung ist nach bester Information festzustellen, daß Deutschland anläßlich des **italienisch-schweizerischen Conflicts durchaus neutral** bleibt. (Wohlt.)

B. **Berlin,** 11. April. (Privattelegramm.) Die „Nat.-Ztg." schreibt: Mehrere Blätter wußten zu melden, daß Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Langerhans beabsichtige, heute den **Stadtrath Kaufmann** in der Schöneberger Heilanstalt zu besuchen. Wie wir erfahren, entbehrt diese Mittheilung der Begründung. Näheres läßt sich vorläufig über die Angelegenheit nicht berichten.

* **Aus Nordschleswig** berichten die „B. N. N.", daß die dänisch-gesinnte Agitationspresse den 8. April, den Geburtstag des Königs von Dänemark, diesmal völlig klanglos hat vorübergehen lassen. Man verübele dem Kopenhagener Hof die bevorstehende Abtretung der dänischen Antillen, da man künftig dem Landvolk an der deutsch-dänischen Grenze nicht mehr einbilden kann, daß seine Heimathsbezirke für diese westindischen Inseln an das angebliche Mutterland „zurückgegeben" werden sollen.

* **Wreschen,** 10. April. Charakteristisch für den Geist, welcher die wegen Widersetzlichkeit Ostern in der Schule zurückbehaltenen Wreschener Kinder beseelt, ist folgende Schilderung der „Ostdeutschen Rundschau": „Bei der Schulentlassung am 26. März sangen die Mädchen das Eröffnungslied „Großer Gott" nicht mit. Von den 48 Kindern, die wegen nicht genügender Kenntnisse nicht entlassen wurden, zerrissen einige auf dem Schulhofe die erhaltenen Zeugnisse. Am 3. April wurde die neue Schulbaracke durch den Kreis-Schulinspector eingeweiht, wozu das Lehrercollegium und Bürgermeister Patschke erschienen waren, während die anderen Mitglieder des Schulvorstandes fehlten. Vier von den nicht zur Entlassung gekommenen Kindern waren nicht erschienen. Nachdem ihnen die polizeiliche Zuführung angedroht worden war, erschienen am nächsten Tage drei."

Oesterreich-Ungarn.

Der Dreibund.

* **Wien,** 11. April. (Telegramm.) Aus den Kreisen, welche mit dem deutschen Reichskanzler Graf v. Bülow in Berührung gekommen sind, gehen der „Neuen Freien Presse" folgende Mittheilungen über den Zweck und die Ergebnisse der Reise des Reichskanzlers zu: Der deutsche Reichskanzler hat allen Grund, mit dem Erfolge seines Wiener Aufenthalts zufrieden zu sein. Der Kaiser empfing ihn außerordentlich liebenswürdig und behielt ihn über eine Stunde bei sich. Der Kanzler conferirte Vormittags anderthalb Stunden mit dem Grafen Goluchowski und sah ihn Nachmittags wieder. Graf v. Bülow sowohl wie die Staatsmänner, mit denen er sich unterhielt, sind in der Ueberzeugung bestärkt worden, daß die internationale Politik fortan auf den gleichen Grundlagen, wie bisher, ruhen werde. Die Wiener Unterredungen haben ergeben, daß der bisherige Zustand als ein so guter erachtet wird, daß man nichts Besseres an dessen Stelle setzen sollte, um nicht die Gefahr heraufzubeschwören, daß das Bessere vielleicht minder gut ist als das bisherige Gute. Der Dreibund wird also weiter bestehen und erneuert werden.

Deutsche Volkspartei; Berufung.

* **Wien,** 11. April. (Telegramm.) Die deutsche Volkspartei beschloß in ihrer heutigen Verbandssitzung den Austritt aus der Obmänner-Conferenz. Die Partei wird aber in nationalen Fragen für ein möglichst einheitliches Vorgehen aller deutschen Parteien eintreten.

W. **Wien,** 11. April. (Privattelegramm.) Das „Neue Wiener Tagblatt" will wissen, daß der durch sein in letzter Zeit vielfach angegriffenes Werk „Der Katholicismus und das Jahrhundert" bekannte hiesige Professor der Theologie Ehrhard einen Ruf an die Universität Freiburg angenommen habe.

Tschechische Propaganda.

X **Von der böhmischen Grenze,** 11. April. Daß die Tschechen in Böhmen das deutsche Gebiet immer mehr besetzen und die Deutschen aus ihrem Besitzstande zu verdrängen suchen, ist ja durch die Geschichte des letzten Vierteljahrhunderts nur zu deutlich zu beweisen. Vor einigen Jahren hatte ein Tschecke, Dr. Tangel, auf dem Spitzberge im Böhmerwald das Hotel Rizi erbaut, das er zu einem Sammelpuncte seiner Stammesgenossen gemacht hatte. Nach seinem Tode wirkten seine Erben in seinem Sinne weiter. Diese sind jetzt in Geldverlegenheit gekommen, weshalb in tschechischen Blättern um Unterstützung dieses nationalen Unternehmens gebeten wird. Wenn das Hotel Rizi, das eine herrliche Rundsicht bietet und durch die Nähe der Bahnlinie Pilsen-Eisenstein auch leicht zu erreichen ist, von einem deutschen Besitzer erworben werden könnte, so würde das für das Deutschthum in Böhmen sehr vortheilhaft sein.

Frankreich.

Der Streit mit Venezuela.

* **Paris,** 11. April. (Telegramm.) Die hiesige Ausgabe des „New York Herald" berichtet, Frankreich und Venezuela hätten vereinbart, daß nach der Ratificirung des Protokolls über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen ein Schiedsgericht die seit 1892 von Frankreich erhobenen Forderungen prüfen solle.

Belgien.

Die revolutionären Unruhen.

* **Brüssel,** 11. April. (Telegramm.) Zur Verstärkung der hiesigen Besatzung sind zwei Bataillone Infanterie, eine Compagnie Genietruppen und ein Regiment Cavallerie hier eingerückt. In jeder Caserne ist ein Bataillon consignirt. Die Truppen erhielten zwei Packete scharfe und zwei Packete Platzpatronen. Auch die Gendarmerie wurde verstärkt. Die gesammte Bürgergarde ist zusammengerufen und hat die strengsten Weisungen zur Unterdrückung von Ruhestörungen erhalten. Zwei Regimenter Cavallerie und zwei Regimenter Infanterie sind vergangene Nacht in Charleroi eingetroffen. Nach Löwen und Vilvorde sind zwei Compagnien Infanterie abgegangen, nach dem Bassin du Centre zwei Escadrons Jäger. — In Bracquegnies im Bassin du Centre kam es heute früh zu einem heftigen Zusammenstoße zwischen mehreren Tausend Ausständigen und Gendarmen. Erstere schleuderten Steine gegen die Gendarmen, die mit Revolverschüssen antworteten; es kam zu einem vollständigen Gefechte. Die Gendarmen mußten sich zurückziehen; eine Escadron Lanciers eilte zu Hülfe herbei und zerstreute die Ausständigen, die unter Hochrufen auf die Armee und das allgemeine Stimmrecht den Platz räumten.

Rußland.

Russische Ausstellung.

* **Petersburg,** 11. März. (Telegramm.) Nach Mittheilungen hiesiger Blätter soll hier im Februar 1903 eine Allslavische Kunst- und Industrie-Ausstellung eröffnet werden. Das Finanzministerium weist für diese Ausstellung 30 000 Rubel an. Präsident des Ausstellungscomités ist Graf Ignatiew, der Vorsitzende des hiesigen slavischen Wohlthätigkeits-Vereins. Der Beschluß, eine Ausstellung zu veranstalten, ist anläßlich der Anwesenheit des bulgarischen Ministerpräsidenten Danew in Petersburg gefaßt worden.

Afrika.

Frankreich und Rußland in Marokko.

* **Paris,** 11. April. (Telegramm.) Mehrere der Regierung nahestehende Blätter legen dem Umstande, daß die französische und die russische Schiffsdivision, die am Mittwoch von Algier abgingen, gemeinsam längs der marokkanischen Küste gefahren und gleichzeitig auf der Rhede von Tanger eingetroffen sind, eine gewisse politische Bedeutung bei und meinen, diese ge-